

## **Bericht**

### **des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein**

über die Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung  
der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) zum Thema

#### **„Gutachten Forum Tideelbe“**

Vorsitz: **Lars Pochnicht**

Schriftführung: **Dennis Thering**

#### **I. Vorbemerkung**

Der Ausschuss beschloss die oben genannte Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO einstimmig in seiner Sitzung am 27. November 2020. Er führte sie in derselben Sitzung abschließend durch. Zeitgleich, am selben Ort und zu derselben Thematik tagte der Ausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg. Die Beratung wurde vereinbarungsgemäß vom Ausschussdienst des Schleswig-Holsteinischen Landtags zusammengefasst und in dessen Version in diesen Bericht aufgenommen. Die gezeigte Präsentation zur Vorstellung des Gutachtens liegt dem Protokoll 22/2 des Ausschusses bei.

#### **II. Beratungsinhalt**

Herr Rieckhof, Staatsrat der Behörde für Wirtschaft und Innovation Hamburg, bemerkt einleitend, das Forum Tideelbe sei aus Hamburger Sicht ein wichtiges Netzwerk des Austauschs und der Kompromissfindung, das erfolgreich arbeite, wie der Abschlussbericht zeige. Insbesondere die Herausforderung des Klimawandels für die Tideelbe sei noch mehr zu bedenken.

Herr Meine, Leiter der Geschäftsstelle des Projekts Forum Tideelbe, stellt sodann die Ergebnisse des vierjährigen Dialogprozesses ausführlich vor. Auf eine Nachfrage des Staatsrats Rieckhof, warum so gut wie keine Maßnahmen Niedersachsen betreffen, erläutert Herr Meine, dies sei im Wesentlichen historisch durch die Arbeitsgruppe Strombau bedingt, die vor mehreren Jahrzehnten nach möglichen Maßnahmen gesucht habe. Von dieser Arbeitsgruppe sei die Wiederanbindung der Borsteler Innenelbe bei Jork als eine Maßnahme auf niedersächsischem Gebiet identifiziert worden. Es habe sich jedoch nun herausgestellt, dass diese Wiederanbindung zum einen baulich sehr kompliziert wäre, zum anderen die ungefähr 60 betroffenen Grundeigentümer nicht bereit seien, das Projekt zu unterstützen. Da es sich somit um ein faktisch unüberwindbares Hindernis handele, habe das Forum entschieden, die Maßnahme nicht weiter zu prüfen.

Herr Dr. Oelerich, Leiter der Abteilung „Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz“ des schleswig-holsteinischen Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, berichtet aus schleswig-holsteinischer Sicht, die mögliche Maßnahme in der Haseldorfer Marsch könne nur in Zusammenhang mit der Pagen-sander Nebenelbe und der Haseldorfer Binnenelbe in Betracht kommen. Schleswig-

Holstein sehe die Dämpfung der Tidewelle, um den Sedimenteintrag zu reduzieren, als wichtigstes Ziel an. Die Sicherheit der Bevölkerung in der Haseldorfer Marsch müsse auf jeden Fall zum gleichen Standard wie jetzt gewährleistet bleiben, auch den wasserwirtschaftlichen Verpflichtungen müsse nachgekommen werden können. Weder für die Errichtung der erforderlichen Bauwerke noch für ihren Unterhalt könne Schleswig-Holstein aufkommen. Es sei darauf hinzuweisen, dass die geprüften Maßnahmen einen unterschiedlichen Reifegrad aufwiesen. So hätten sich die mutmaßlich Betroffenen im Bereich der Dove-Elbe schon seit längerer Zeit mit den möglichen Auswirkungen befassen können, während im Bereich der Haseldorfer Marsch die Ergebnisse erst seit wenigen Wochen vorlägen. Es sei daher nun essenziell, eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen, um die Reaktion der Bewohner zu erfahren. Davon sei dann abhängig zu machen, ob weitere Planungen sinnvoll seien. Zeitlich würde die Planung einer entsprechenden Baumaßnahme ungefähr zehn Jahre in Anspruch nehmen.

Frau Dr. Kuhnt, Staatssekretärin des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, ergänzt, die Einrichtung des Forums Tideelbe gehe zurück auf eine Vereinbarung in einem politischen Eckpunktepapier zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg und werde daher aus schleswig-holsteinischem Blick immer im Zusammenhang mit der Sedimentverbringung bei der Tonne E3 gesehen. Im Bereich des Sedimentmanagements müsse es aus schleswig-holsteinischer Sicht in Zukunft bessere Resultate geben. Eng hiermit zusammen hänge die Schadstoffbelastung der Sedimente, die sich nur durch eine entsprechende Schadstoffentfrachtung schon im Oberlauf in Deutschland und Tschechien erreichen lasse. Sie stimme Staatsrat Rieckhof dahin gehend zu, dass die Folgen des Klimawandels für die Tideelbe noch mehr als bisher in den Blick rücken müssten. Schon heute gebe es im Sommer häufig einen sehr geringen Wasserzulauf aus der Oberelbe.

Zur möglichen Maßnahme in der Haseldorfer Marsch schließt sich Staatssekretärin Dr. Kuhnt Herrn Dr. Oelerich an, hier komme es nun auf die Bürgerbeteiligung an. Bei geschätzten Kosten von 390 Millionen Euro und einem Einfluss auf den Tidenhub von 1 cm müsse auch grundsätzlich die Frage der Verhältnismäßigkeit gestellt werden. Es handele sich in jedem Fall um einen großen Eingriff in die Umwelt, bei dem zu fragen sei, ob er sich angesichts des positiven Ergebnisses für das Sedimentmanagement verantworten lasse.

Abg. Jersch stellt klar, er erwarte eine klare Absage des Senats an eine Öffnung der Dove-Elbe für die Tide sowie die weitere Zuschüttung der Elbe und ihrer Fluträume. Zu einem großen Teil handele es sich bei den Sedimentproblemen im Hamburger Hafen um ein selbstgemachtes Problem. Bei allen Maßnahmen gebe es erhebliche sozialräumliche Folgen für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner. - Staatsrat Rieckhof erwidert, seit der Erweiterung des Airbus-Werkes Hamburg-Finkenwerder (Mühlenberger Loch) habe es keine nennenswerte Zuschüttung von Fluträumen in Hamburg gegeben.

Abg. Schittek zeigt sich verwundert, dass im Forum Tideelbe lediglich Gebiete hinter der ersten Deichlinie untersucht worden seien. Wie sich bereits im Bereich Este/Mühlenberger Loch gezeigt habe, könnten Fluttore nicht immer sicher betrieben werden, sodass der Hochwasserschutz offenbar nicht garantiert werden könne. Angesichts der Tatsache, dass nach acht bis zehn Jahren die betroffenen Gewässer wieder freigebagert werden müssten, frage sie nach der Nachhaltigkeit eventueller, zudem sehr teurer Maßnahmen. Sie kritisiert im Weiteren die Zerstörung von bedeutsamen Naturräumen und verweist auf die unklaren Folgen für den Obstanbau. Neben der Einbeziehung außerdeichs liegender Flächen müssten auch die im schleswig-holsteinischen Gebiet liegenden Elbhäfen (Wewelsfleth, Friedrichskoog) betrachtet werden.

Herr Meine stellt zunächst klar, seine Aufgabe bestehe nicht darin, die Ergebnisse des Forums zu verteidigen, sondern lediglich darin, die Arbeit des Forums zu unterstützen und die Ergebnisse zu dokumentieren. Nebeneinander im Parallelschluss zur Elbe hätten nach hydrologischen Erkenntnissen nicht das gleiche Potenzial wie seitlich zur Elbe angeordnete Flachwasserbereiche, die sich durch einen kleinen Querschnitt befüllten und entleerten. So sei beispielsweise durch eine Aufwertung der Pagensander Neben-

elbe kein größerer hydrologischer Effekt zu erwarten. Bei allen Maßnahmen spielten die drei Faktoren Volumen, Entfernung vom Hamburger Hafen und Anbindung an die Elbe die zentrale Rolle, sodass Maßnahmen beispielsweise in den Häfen Friedrichskoog oder Wewelsfleth nicht zielführend erschienen. - Herr Dr. Oelerich stimmt ihm zu.

Abg. Gladiator stellt klar, die CDU-Fraktion der Bürgerschaft lehne die ins Auge gefassten Maßnahmen wegen der hohen Kosten, des fraglichen Nutzens und der zerstörerischen Wirkungen ab.

Abg. Ostmeier stellt klar, im Bereich der Haseldorfer Marsch habe es bis jetzt noch keinerlei Bürgerbeteiligung gegeben. Es müsse beachtet werden, dass die Maßnahme hier wohl einen ökologischen Mehrwert bringe, jedoch nur einen untergeordneten Beitrag zum Sedimentmanagement leisten könne, welches jedoch das eigentliche Ziel sei.

Auf mehrere Fragen der Abg. Oldenburg berichtet Herr Meine, Erfahrungswerte aus anderen entsprechenden Gebieten ließen sich nicht auf den Bereich der Tideelbe übertragen, da die Ästuarien sehr unterschiedlich ausgeprägt seien. Von der Bundesanstalt für Wasserbau erhobene Untersuchungsergebnisse seien grundsätzlich durchaus belastbar, jedoch sei zu bedenken, dass das Forum keine eigenen Untersuchungen angestellt habe, sondern nur bereits vorhandene Untersuchungsergebnisse zusammengetragen habe. Es gebe daher durchaus im Einzelnen Unsicherheiten zur jeweiligen genauen Beschaffenheit der Gewässer und Flächen vor Ort.

Abg. Jersch, Abg. Gladiator und Abg. Ostmeier fragen nach der Zukunft des nun abgeschlossenen Forums Tideelbe und den entsprechenden Absichten des Hamburger Senats. - Herr Rieckhof bemerkt hierzu einleitend, es gebe hierzu noch keinen Senatsbeschluss, sodass er nur vorläufige Zwischenergebnisse berichten könne. Es zeichne sich jedoch ab, dass wahrscheinlich die Maßnahme Alte Süderelbe und Haseldorfer Marsch von Hamburger Seite her weiter geprüft, die Maßnahme Dove-Elbe jedoch nicht weiter geprüft werde. Auf jeden Fall seien im nächsten Schritt im Bereich Alte Süderelbe und Haseldorfer Marsch weitere Untersuchungen erforderlich, um sachgerecht entscheiden zu können. Hamburg sei auf den Bund, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zugegangen, um ins Gespräch darüber zu kommen, das Forum Tideelbe mit etwas schlankerer Organisationsstruktur weiterzuführen. Vorbehaltlich eines entsprechenden Senatsbeschlusses, der noch nicht vorliege, könne Hamburg wiederum die Sockelfinanzierung der Geschäftsstelle übernehmen. Bei allen Maßnahmen müsse auf jeden Fall die Frage der Verhältnismäßigkeit gestellt werden.

Abg. Jasberg berichtet, die GRÜNEN Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft habe noch nicht über das weitere Vorgehen in dieser Frage entschieden, sodass die von Abg. Schittek geäußerten Einwände bislang nur eine Einzelmeinung darstellten. Insgesamt habe sie den Eindruck, dass in dem Forum sehr gründlich und sorgfältig gearbeitet worden sei, sodass man sich auf die Arbeitsergebnisse verlassen könne. Sie wirbt dafür, das Thema auch weiterhin bundesländerübergreifend zu bearbeiten.

Abg. Ehlebracht fragt, warum nicht die hamburgischen Fleete und Kanäle mit im Forum betrachtet worden seien. Es handele sich um ungefähr 2,5 Millionen m<sup>2</sup> Wasserfläche, die angesichts der Nähe zum Hamburger Hafen und ihrer guten Anbindung ein enormes Potenzial böten. - Staatsrat Rieckhof entgegnet, nicht alle Kanäle und Fleete seien tideabhängig. Ihre Untersuchung sei nicht Gegenstand des Forums gewesen. Er gebe jedoch zu, dass es hier durchaus einen großen Baggerbedarf gebe, wobei auch immer die Frage des Kosten-Nutzen-Verhältnisses zu stellen sei, da die Baggerkosten sehr hoch lägen. Der Senat gebe jährlich bereits 90 Millionen Euro bis 100 Millionen Euro für entsprechende Baggerarbeiten aus. - Abg. Ehlebracht entgegnet, offenbar sei dann die Aufgabenstellung des Forums zu eng gefasst worden. Zwar sei es richtig, dass auch die Ausbaggerung mit hohen Kosten verbunden sei, dies gelte jedoch noch in höherem Maße für die im Rahmen des Forums debattierten Projekte. Er frage daher nachdrücklich, welches zusätzliche Volumen im Bereich der Fleete und Kanäle geschaffen werden könnte, wenn diese bis zu einer Tiefe von 2,40 m ausgebaggert würden. - Staatsrat Rieckhof antwortet, eine solche Information liege ihm nicht vor. Aus Sicht des Senats gebe es hierzu auch keinen Untersuchungsbedarf. Es sei zu beachten, dass nur ein geringer Teil der Wasserflächen der Ham-

burg Port Authority (HPA) unterstehe. - Frau Flecken, HPA, ergänzt, das Thema der Verschlickung des Hafens sei ein Thema, dessen sich die HPA durchaus annehme. Es sei zu beachten, dass ein Teil der Flächen bereits als Biotope einzustufen sei. Hinzu komme die teilweise hohe Belastung des Sediments, was eine kostenintensive Entsorgung an Land erfordern würde. Die HPA befinde sich jedoch in Gesprächen hierüber mit der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft.

Abg. Jersch stellt klar, die Fraktion DIE LINKE der Bürgerschaft unterstütze die Arbeit des Forums Tideelbe. Grundsätzlich seien alle Maßnahmen zur Begrenzung des Tidenubs, die unter Einbindung der betroffenen Bevölkerung stattfänden, legitim. Er habe jedoch den Eindruck, dass es an dieser Legitimität zum Teil fehle, insbesondere dann, wenn der Senat das Problem durch das weitere Zuschütten von Fluträumen noch verschärfe.

Abg. Sparr verweist auf die gemeinsame Verantwortung der norddeutschen Bundesländer, um eine Lösung zu finden. Sie stimme daher der von Staatsrat Rieckhof in Aussicht gestellten Fortsetzung des Forums ausdrücklich zu, um eine möglichst objektive Entscheidung treffen zu können.

Abg. Schittek regt an, die Öffnung der Nebengelben und die mögliche Nutzung des Baggergutes an Land, beispielsweise zur Deicherhöhung, vertieft zu prüfen.

Auf eine Frage der Abg. Redmann zum weiteren Verfahren und der Einbindung insbesondere des Landtags schildert Staatssekretärin Dr. Kuhnt, man befinde sich nach der erst vor Kurzem erfolgten Vorlage der Ergebnisse des Forums noch in einem relativ frühen Stadium. Sie wolle unterstreichen, dass die Maßnahme in der Haseldorfer Marsch aus schleswig-holsteinischer Sicht zwingend gemeinsam mit den Nebengelben zu betrachten sei. Auch aus schleswig-holsteinischer Sicht solle das Forum jedoch fortgesetzt werden, um das Thema gemeinsam zu bearbeiten. Die Landesregierung werde hierzu demnächst im Umwelt- und Agrarausschuss des Landtags berichten.

Der Vorsitzende des hamburgischen Ausschusses, Abg. Pochnicht, stellt fest, dass die Selbstbefassung abgeschlossen und ein Bericht an die Bürgerschaft gegeben wird.

### **III. Ausschussempfehlung**

*Der Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein empfiehlt der Bürgerschaft, von seiner Beratung Kenntnis zu nehmen.*

Dennis Thering, Berichterstattung